

1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Deckung des Aufwandes aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen (Kleineinleitersatzung) vom 30.10.2009

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Kommunale Wasserversorgung/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ (ZWA) hat in ihrer Sitzung am 11.03.2011 folgende 1. Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1 Änderungsbestimmungen

§ 1 Gegenstand der Abgabe – Neufassung -

- (1) Zur Deckung des Aufwandes aus der Abwasserabgabe für Einleitungen, die im Jahresdurchschnitt weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser in ein Gewässer im Sinne von § 3 Nr. 1 bis 3 des Wasserhaushaltsgesetzes oder in den Untergrund einleiten, erhebt der ZWA eine Abgabe.
- (2) Schmutzwasser aus Kleineinleitungen bleiben abgabefrei, wenn
 1. das Schmutzwasser nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik behandelt wird und
 2. der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht verwertet oder entsorgt wird.
- (3) Das rechtmäßige Aufbringen von Schmutzwasser auf landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden ist keine Einleitung im Sinne dieser Satzung.

§ 2 Abgabemaßstab und Abgabesatz – Neufassung -

- (1) Die Abgabe wird nach der Zahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz behördlich gemeldeten Einwohner für Schmutzwasser aus Haushaltungen berechnet. Maßgebend für die Zahl der Einwohner ist der 30. Juni des jeweiligen Kalenderjahres, für welche die Abgabe zu entrichten ist.
- (2) In der Abgabe ist nicht der Verwaltungsaufwand zur Ermittlung der Kleineinleiterabgabe sowie deren Erhebung als Abwälzungsabgabe enthalten.
- (3) Die Abgabe nach § 2 Abs. (1) Satz 1 beträgt je Einwohner und Jahr 17,90 €

§ 3 Entstehung und Beendigung der Abgabepflicht Abs. 2 – Neufassung -

Die Abgabepflicht endet indem die Einleitung entfällt oder die Bedingungen des § 1 Abs. (2) eingehalten werden und dies dem Zweckverband schriftlich mitgeteilt wird. Sie endet auch mit dem Anschluss des Grundstückes an das zentrale Abwassersystem mit der Behandlung in einer öffentlichen Kläranlage. Die Abgabepflicht endet außerdem, wenn das Grundstück

nicht mehr zu Wohnzwecken genutzt wird. Als Stichtag für das Entfallen der Abgabepflicht wird der 30.06. des jeweiligen Kalenderjahres herangezogen. Das heißt, dass alle eine Kleineinleiterabgabe für das jeweilige Kalenderjahr entrichten müssen, die keine Schmutzwasserbehandlung in Verbindung mit einer entsprechenden Schlammverwertung nach § 1 Abs. (2) zum 01.07. des jeweiligen Kalenderjahres nachweisen können.

§ 4 Abgabepflichtige – Neufassung -

- (1) Abgabepflichtig ist, wer am 30.06. des Kalenderjahres Eigentümer eines Grundstückes laut Grundbuch ist. Der Erbbauberechtigte oder der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers abgabepflichtig.
- (2) Bei Mehrheit von Abgabepflichtigen haftet jeder als Gesamtschuldner.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Hainichen, 11.03.2011

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/
Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“

Eulenberger
Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1, § 5 Abs. 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in Verbindung mit § 4 Abs. 4 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen sind.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung dieser Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Abs. 3 Satz 2, § 21 Abs. 3 SächsKomZG, § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der im § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 3 und 4 SächsGemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.